

# Wider den Steuerungspessimismus

*Antwort auf die Repliken von Stephan Ruß-Mohl und Rudolf Stöber*

Marie Luise Kiefer

Es ist sicherlich ehrenvoll, wenn zwei geschätzte und vielbeschäftigte Kollegen weder Zeit noch Mühe scheuen, eine Replik auf einen publizierten Beitrag zu verfassen, zeigt dies doch nicht nur, dass das behandelte Thema aktuell ist, sondern es verweist auch auf einen gewissen Respekt dem Autor gegenüber. Dennoch hinterließ die Lektüre der beiden Repliken bei mir zunächst ein Gefühl der Ratlosigkeit: so viele Missverständnisse, Umdeutungen, Unterstellungen. Es war ganz eindeutig das Aha-Erlebnis des Kommunikators, der sieht, was die Rezipienten mit seiner Botschaft so anfangen, wie wenig kommunikative Intention und kommunikatives Ergebnis übereinstimmen müssen und welche große Rolle die bestehenden Einstellungen und Präferenzen der Rezipienten dabei spielen. Insofern eine wichtige Erfahrung, die lehrt, sich noch stärker um die Klarheit in der Argumentation und die Berücksichtigung möglicher Einwände dabei zu bemühen, zumal auch Fachlektüre im Zeitalter der Information Overload offenbar flüchtig erfolgt.

So scheint mir, einige der Kritikpunkte wären durch eine genauere Lektüre meines Textes ausräumbar, z. B. wenn Herr Stöber die doppelte Anwendung der Allmende-Metapher, genauer: der Theorie der Commons – einmal auf die Organisation des Journalismus, einmal als Ressourcenpool der Bürger – übersieht, oder die professionssoziologische Unterscheidung zwischen einem engen und einem weiten Professionskonzept ignoriert, um nur zwei Beispiele zu nennen, vor allem aber wenn er übersieht, dass für viele seiner und zahlreiche weitere Fragen erst im Rahmen des Professionsbildungs- und Selbstorganisationsprozesses konkrete Lösungsvorschläge und -modelle erarbeitet werden können und müssen.

Auch einige Kritikpunkte von Herrn Ruß-Mohl erweisen sich als bei genauerer Lektüre meines Textes wohl nicht haltbare Fehldeutungen. In dem von mir vorgelegten Konzept soll nichts direkt staatlich gesteuert oder gar „staatlich erzwungen“ werden. Der Staat ist vielmehr gefordert in der Rolle des Ermöglichers des von Journalismuswissenschaft und Journalismuspraxis anzustoßenden und unter Hinzuziehung weiterer Experten, v. a. des Medienrechts, zu gestaltenden Prozesses der Professionsbildung und autonomen Selbstorganisation des Journalismus als Voraussetzung seiner kollektiven Finanzierung. Stephan Ruß-Mohl zitiert Elinor Ostrom und Charlotte Hess, deren Arbeiten zur erfolgreichen Selbstorganisation von Commons von mir als Wegweiser für eine Neuorganisation des Journalismus vorgeschlagen werden. Ich möchte sein Zitat um den Beginn des einschlägigen Absatzes ergänzen: „Designing institutions to enhance the production and use of any kind of commons, whether natural or human-made, is a challenge“ (Ostrom/Hess 2007: 43) Diese Herausforderung gilt es, für die Kommunikationswissenschaft, insbesondere die Journalistik, wohl anzunehmen. Es geht hier nicht um „Kassandra-Rufe“, es geht hier auch nicht um schlichtes Marktversagen (ein Begriff, mit dem beide Kritiker arbeiten, obwohl er in meinem Beitrag gar nicht vorkommt). Es geht auch nicht darum, dass die jungen Leute keine Zeitung (in Papierform) mehr lesen oder Bildungsbürgerkinder die Kosten für ein Zeitungsabonnement sparen. Es geht darum, dass der technologische Wandel die Welt der Medien, des Journalismus und der Informationsgüter generell rapide verändert, dass tradierte Strukturen, Normen und Regeln, Gemeinschaften aufbrechen mit ungewissem Ausgang (vgl. auch dazu Ostrom/Hess, ebd.). Weischenberg (2010) formuliert denn auch die Befürchtung vom Ende des Jahr-

hundreds des Journalismus. Man kann daher L. Downie und M. Schudson (2009: 4) – bei allen Unterschieden zwischen den USA und Europa – nur zustimmen und ihr Statement auf die eigene nationale Situation übertragen: „The challenge is to turn the current moment of transformation into a reconstruction of American (oder deutschen) journalism (...). What is paramount is preserving independent, original, credible reporting, whether or not it is popular or profitable, and regardless of the medium in which it appears“.

Auch ohne institutionentheoretische Unterfütterung entkoppeln die amerikanischen Autoren Journalismus und Medien und plädieren angesichts der vor allem durch das Internet ausgelösten und anhaltenden Transformationen für gesellschaftliche Initiativen zur Erhaltung des Journalismus. Wenn man so will, habe ich mit meinem Beitrag dieses Plädoyer aufgegriffen und einen möglichen Weg zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Journalismus skizziert, der mir im Vergleich zu gängigen, ja auch von Stephan Ruß-Mohl diskutierten Alternativen weit erfolgssicherer erscheint. Dass jedes Modell einer Neustrukturierung angesichts der Komplexität des zu ordnenden Bereichs und der Unsicherheit nicht nur hinsichtlich der künftigen technischen Entwicklungen und Anwendungen mit Risiken behaftet ist, muss hier nicht weiter erörtert werden.

Allerdings: Die Situation in Italien als abschreckendes Beispiel für eine bereits bestehende Realisierung dieses Modells anzubieten, ist, höflich gesagt, „unterkomplex“. Dies vernachlässigt nicht nur alle Anforderungen, die von einer komparatistischen Journalismusforschung entwickelt wurden (vgl. u. a. Esser 2004) und die auch bei einem solchen „Vergleich zwischen Ideal- und Realtyp“ zumindest mitreflektiert werden müssten. Außer der Organisation italienischer Journalisten und Publizisten im „Ordine dei Giornalisti“ gibt es keine Gemeinsamkeiten zwischen dieser „real-existierenden Variante“ und meinem Entwurf. Alle zentralen Kriterien für eine erfolgreiche und autonome Selbstorganisation fehlen in Italien: Es gibt keine akademisierte Ausbildung (vgl. Lauber 2002), wie sie das soziologische Professionskonzept fordert, es gibt keine strikt durchgesetzten Zugehörigkeitsgrenzen, wie sie die Theorie der Commons fordert, stattdessen dominiert das „Prinzip des Klientelismus“ (Weischenberg 2005: 130), und ein ständig wachsender grauer Markt für journalistische Aufgaben, die aus Kostengründen aus den Redaktionen „outgesourct“ werden, weicht Berufsgrenzen weiter auf (ebd.: 131). Wenn Stephan Ruß-Mohl warnend Robert K. Mertons Hinweis auf die „unanticipated consequences of purposive social action“ zitiert, kann man nur erwidern, dass bei allen Spezifika der italienischen Situation diese bei genauerem Hinsehen wahrscheinlich eine Fundgrube dafür ist, welche Fehler bei einer Neuorganisation des Journalismus unbedingt vermieden werden müssen, um „unanticipated consequences“ zu minimieren.

Bevor ich auf den gravierendsten, mehr oder weniger bedingt formulierten Vorwurf beider Repliken-Schreiber eingehe, mein Vorschlag sei nachgerade „demokratiefördernd“, eine kurze Stellungnahme zu den von Herrn Ruß-Mohl aufgezeigten „Alternativen zur staatlichen Finanzierung des Journalismus“. Bei allen fünf „Modellen“ mit den interessanten Namen, die er anführt, handelt es sich um Varianten des altbekannten Geschäftsmodells der Medienunternehmen, die eher deren wirtschaftliche Grundlagen sichern helfen sollen als die Finanzierung des Journalismus zu übernehmen. Nichts gegen Versuche der Medienunternehmen, die Zahlungsbereitschaft der Werbewirtschaft wie der Rezipienten für ihre Produkte zu stimulieren. Aber Qualitäts- oder besser Journalismus als demokratietheoretisch zentrale Dienstleistung darf nicht, wie es in dieser Modellpalette ja durchaus anklingt, zum Luxusprodukt verkommen, was ihn seiner Demokratierelevanz auch zugleich entkleiden würde. Gesellschaftliche Verantwortung für die Institution Journalismus kommt in diesem Szenario jedenfalls nicht, allenfalls in dem

originellen, aber randständigen Appell, Journalismus als Fair-Trade-Produkt aufzubauen, in den Blick.

Noch drei Punkte zum Beitrag von Stephan Ruß-Mohl seien wenigstens kurz erwähnt, ohne dass ich das weiter kommentieren möchte: 1. das für einen Journalistik-Professor doch erstaunlich distanzierte Verhältnis zu dem von ihm auszubildenden Berufsstand. Da ist von Arroganz und Abgehobenheit die Rede, von „staatlichem Durchfüttern einer Journalisten-Kaste“. Viel Vertrauen in den Ausbildungserfolg, zu dem ja auch die Vermittlung eines angemessenen Rollenbildes gehört, wird hier nicht deutlich. 2. die Volten gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der gar nicht Gegenstand meines Beitrags war. Auch hier offenbart sich ein gespaltenes Verhältnis anderer Art, nämlich zu allen nicht marktmäßigen Medienorganisationsformen. Das zeigt sich 3. auch in der Zurückweisung eines „dritten Weges“ als eine von Ökonomen erkannte „Illusion“. Die Verleihung des Wirtschaftsnobelpreises 2009 an Elinor Ostrom, deren Forschungsinteresse seit Jahrzehnten funktionierender Selbstorganisation als „drittem Weg“ gilt, war also offenbar ein Irrtum.

Damit bin ich bei meinem letzten Punkt dieser Erwiderung, der Einschätzung meiner Vorschläge als die Demokratie gefährdend.

Für Rudolf Stöber ist vor allem der von mir skizzierte Weg zu einer kollektiven Finanzierung des Journalismus das Skandalon, für Stephan Ruß-Mohl ist auch die Finanzierungsform selbst anrühlich. Es ist insbesondere der an eine approbierte Ausbildung gebundene Berufszugang zum Journalismus, der beiden Repliken-Autoren verfassungsrechtlich bedenklich erscheint.

Es scheint sinnvoll, sich zur Klärung des Problemfeldes die aktuelle Situation, hier bei Zeitungen als Prototyp journalistischer Medien, im Vergleich zu der von mir skizzierten zu vergegenwärtigen. Aktuell entscheiden über den faktischen Zugang zum Journalismus (und damit auch zur medialen Öffentlichkeit) die Medienorganisationen. Jeder, auch der Seiteneinsteiger, kann zwar als Journalist arbeiten, aber nicht jeder kann veröffentlichen und damit auch Geld verdienen, geschweige denn durch diese Arbeit seinen Lebensunterhalt bestreiten, also nach Max Webers Definition Journalismus zu seinem Beruf machen. Auch wer die Hürde, gegen Bezahlung als Journalist arbeiten zu können, genommen hat, kann damit nicht frei seine Meinung äußern bzw. von ihm recherchierte Fakten veröffentlichen. Ob angestellt oder frei, wird von ihm Tendenzloyalität erwartet, er steht im Dienste der Tendenzverwirklichung (vgl. Bundesverfassungsgericht 2008) und das Recht zur Festlegung der Tendenz liegt ausschließlich beim Verleger. Wie Donsbach (2008: 57) kritisiert, wurde die Frage, ob Medienbesitz notwendig auch „alleinige Verfügungsgewalt über die Inhalte“ bedeute, von den deutschen Gerichten nie eindeutig geklärt. Auch der „Gesetzgeber hatte nie den Mut, eine eindeutige rechtliche Regelung herbeizuführen“ – das Terrain sei juristisch und vor allem politisch wohl zu „heiß“.

In dem von mir skizzierten Modell sehen die Zugangsbedingungen zum Journalismus wie folgt aus: Es gibt definierte, transparente und allgemeingültige Zugangsbedingungen zum Beruf des Journalismus. Jeder, der diese Bedingungen erfüllt (und die kollektive Finanzierung des Journalismus sollte auch genutzt werden, um durch ein ausgebautes Stipendensystem den schichtunabhängigen Zugang zum Journalismus zu gewährleisten), kann als Journalist arbeiten und wird, wenn er auch faktisch diesen Beruf ausübt, finanziell unterstützt. Begrenzt wird die Freiheit, recherchierte Fakten zu veröffentlichen, und die Meinungsäußerungsfreiheit prinzipiell nur durch die für den Berufsstand gültigen Kodizes, Standards und Normen, die verfassungsrechtliche Grundnormen natürlich zu berücksichtigen haben. Ob aktuell bestehende Regelungen wie der Tendenz-

schutz im Zeitalter des Internets und von Private Equity-Gesellschaften als „Verlegern“ auf längere Sicht noch gesellschaftlich sinnvoll sind, wird Medienpolitiker, Medienjuristen und Verfassungsrechtler früher oder später als Frage beschäftigen müssen. In dem von mir skizzierten Ansatz wird Tendenzschutz ersetzt durch die – in Anlehnung an das Konzept der Profession regulierte – Autonomie des Journalismus, sofern und soweit ein Medienunternehmen auf kollektiv finanzierten Journalismus als einzelwirtschaftlich verwertbare Ressource zurückgreifen will.

Die Gefahren, die von mächtvollen korporativen Medienakteuren ausgehen (können), sind heute unbestritten. Journalismus als autonome Kollegialorganisation und kollektiv finanziert, ein Modell, wie es von mir in Ansätzen skizziert wurde, würde eine neue Art von Balance of Power zwischen der Institution und den Medienorganisationen schaffen. Das Modell folgt dem, wie Hoffmann-Riem (2003: 34) es fasst, „Leitbild hoheitlich regulierter Gesellschaft der Selbstregulierung“. Gemeint ist damit die Suche nach Wegen, die dann in einen rechtlichen Rahmen zu überführen wären, „der die für Kommunikation unverzichtbare Autonomie der Akteure – also ihre Selbststeuerung – wahrt, aber ihnen Anreize schafft, bei der durchaus legitimen Verfolgung von Eigeninteressen auch Gemeinwohlinteressen (das, was im gesellschaftlichen Diskurs als gemeinwohlförderlich definiert wird) gelten zu lassen oder diese gar zu unterstützen“. Dies ist nur eine andere Beschreibung des Konzepts autonomer Selbstorganisation, wie es Elinor Ostrom und ihr Forschungsteam für Commons-Institutionen als effektiv erkannt haben und wie es hier auf den Journalismus angewendet wird.

Und vielleicht noch ein letzter Merksatz für die hier angesprochenen und möglicherweise vielen anderen Kritiker des von mir vorgelegten Konzepts, die, wie Wolfgang Hoffmann-Riem (ebd.: 37) es ausdrücken würde, „steuerungspessimistische Stirnfalten“ kräuseln: Die Suche nach Wegen, unsere demokratischen und rechtsstaatlichen Errungenschaften allen gesellschaftlichen und technologischen Transformationen zum Trotz so unbeschadet wie möglich in die Zukunft zu überführen, darf nicht aufgegeben werden. „Steuerungsoptimismus“ in diesem Sinn, hält Hoffmann-Riem fest, ist „auch eine demokratische Tugend“ (ebenda).

## Literatur

- Bundesverfassungsgericht (2008): BVerfG 1 BvR 273/03 vom 14.01.2008, Absatz-Nr. (1-26), [www.bverfg.de/entscheidungen/rk20080114\\_1bvr027303.html](http://www.bverfg.de/entscheidungen/rk20080114_1bvr027303.html) [04.07.2011].
- Donsbach, Wolfgang (2008): Im Bermuda-Dreieck. Paradoxien im journalistischen Selbstverständnis. In: Bernhard Pörksen, Wiebke Loosen, Armin Scholl (Hg.), *Paradoxien des Journalismus*. Wiesbaden, 147-164.
- Downie, Leonard Jr.; Schudson, Michael (2009): *The Reconstruction of American Journalism*. Columbia University Graduate School of Journalism, [www.cjr.org/reconstruction/the\\_reconstruction\\_of\\_american.php](http://www.cjr.org/reconstruction/the_reconstruction_of_american.php) [04.07.2011].
- Esser, Frank (2004): Journalismus vergleichen. Komparative Forschung und Theoriebildung. In: Martin Löffelholz (Hg.), *Theorien des Journalismus. Ein diskursives Handbuch*. 2. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden, 151-179.
- Hoffmann-Riem, Wolfgang (2003): Mediendemokratie zwischen normativer Vision und normativem Alptraum. In: Wolfgang Donsbach, Olaf Jandura (Hg.), *Chancen und Gefahren der Mediendemokratie*. Konstanz, 28-39.
- Lauber, Maria (2002): Italien als Eckpfeiler der Professionalisierungsforschung. Professionelle Defizite und Autonomiemangel trotz des gesetzlich geregelten Berufszugangs. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 50 (1), 125-134.
- Ostrom, Elinor; Hess, Charlotte (2007): *A Framework for Analysing the Knowledge Commons*, In: Charlotte Hess, Elinor Ostrom (Eds.), *Understanding Knowledge as a Commons. From Theory to Practice*. Cambridge, Mass., London, 41-81.

Weischenberg, Siegfried (2005): Italien. In: Siegfried Weischenberg, Hans J. Kleinsteuber, Bernhard Pörksen (Hg.), Handbuch Journalismus und Medien. Konstanz, 127-132.

Weischenberg, Siegfried (2010): Das Jahrhundert des Journalismus ist vorbei. Rekonstruktionen und Prognosen zur Formation gesellschaftlicher Selbstbeobachtung. In: Gabriele Bartelt-Kircher et al. (Hg.), Krise der Printmedien: Eine Krise des Journalismus? Berlin, 32-61.

## Praxisforum Medienmanagement



### Print & Mobilemedia bei regionalen Tageszeitungen in Deutschland

Crossmediale Entwicklungsfiktion und Voraussetzungen einer kundenorientierten Medienkonvergenz

Von Ralph Düster

2011, Band 16, 356 S., brosch., 49,- €

ISBN 978-3-8329-6459-7

[nomos-shop.de/13443](http://nomos-shop.de/13443)

Dieses Werk untersucht Entwicklungen und Voraussetzungen einer kundenorientierten Medienkonvergenz Print und Mobilemedia bei regionalen Tageszeitungen. Damit

werden auch Ideen und Handlungsoptionen zum gelingenden Übergang vom monomedialen „Print-Business“ zum multimedialen „News-Business“ geschaffen und somit ein Beitrag zur Bewältigung der Verlagskrise geleistet.

Bitte bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter ► [www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)



**Nomos**